

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin

Band: 120 (1994)

Heft: 25

Vorwort: Editorial

Autor: Raschle, Iwan

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

INHALT

So nötig ist die Nebelspalter-Petition	Seite 6
Der Weltuntergang ist nah!	Seite 10
KLICK: Satiere am Fernsehen	Seite 14
Gespräch mit dem Pfarrer	Seite 20
Nebizin: Madame Bissegger & Co	Seite 41
Titelbild: Martin Senn	

EDITORIAL

Schon wieder ein abgedroschener Spruch zum Auftakt: Alles hat zwei Seiten. Eine schlechte und – na ja, wir wollen die Platitude nicht ausreizen. Dass uns die Realität immer einholt, ist ebenfalls sattsam bekannt, darf aber nochmals gesagt sein, ja müsste gar hundertmal in Schönschrift unter diese Zeilen geschrieben werden. Von all jenen zum Beispiel, die sich nach dem letzten Abstimmungswochenende lauthals über das dumme Volk beklagt haben, mit ihrer Politik in den letzten Tagen aber bestens bewiesen haben, dass sie eben diese tunbe Masse mehr als nur angemessen vertreten.

Der Bundesrat zum Beispiel will nun endlich seiner Führungsaufgabe gerecht werden und die Kluft zwischen Regierung und Volk ausloten. Noch vor der Sommerpause wollen sich die Magistraten und ihre einzige Kollegin zusammensetzen, um über die Gründe des ihnen entgegengebrachten Misstrauens nachzudenken. Man stelle sich das einmal vor: Noch vor der Sommerpause! Das Volk staunt und frohlockt zugleich, dem Bundesrat ist es offenbar wirklich ernst! Gleichzeitig wird indes die Frage wach, was das denn für eine Regierung ist, die eine Sommerpause einschalten kann angesichts der desolaten Lage. Welche Unternehmensleitung würde schon in corpore in Urlaub fahren, wenn die Belegschaft streikt? Aber natürlich: Der Staat funktioniert anders als ein Unternehmen. Langsamer zum Beispiel. Nur so lässt sich erklären, dass es der dreifachen Abstimmungsschlappe bedurfte, bis die Regierung erkannte, was schon längst offensichtlich ist. Das Volk misstraut der Regierung, und das nicht erst seit Adolf Ogis Lügenkonstrukt um die Walliser Nationalstrasse. Wie eine im Zürcher *Tages-Anzeiger* vom letzten Mittwoch publizierte repräsentative Umfrage des Politologen Daniel Schloeth zeigt, steht unsere Regierung schon seit dem Jubeljahr 1991 im Regen. Offenbar ohne jemals etwas davon bemerkt zu haben.

Wie schnell uns der Alltag wieder hat, zeigt nicht nur das Beispiel des in Urlaub fahrenden Bundesrates. Auch das Parlament zu Bern ist blitzschnell zur Tagesordnung übergegangen. Zu den für unsere Politiker – Frauen sind diesmal bewusst nicht mitgemeint – wichtigen Fragen eben. Wie am letzten Montag aus dem Büro des Nationalrates verlautete, soll in der Herbstsession darüber verhandelt werden, wie schicklich die Damen und Herren Ratsmitglieder in Bern zu erscheinen haben. Und ob sie Kaugummis im Mund herumdrehen dürfen oder nicht (Blasen halten selbst Profis wie Michael Dreher für unschicklich). Weiter beschloss die grosse Kammer, den Rahmenkredit für die Entwicklungszusammenarbeit für die Jahre 1995 bis 1998 nicht zu erhöhen. Und das, obwohl dem Volk wenige Stunden zuvor Starrsinnigkeit und Egoismus vorgeworfen worden war. Wo, bitte sehr, bleibt denn hier das aussenpolitische Engagement?

Das lasse sich nicht in einen Topf werfen, meinen Sie? Und Sie sind überzeugt davon, dass in erster Linie gespart werden muss, damit dieses Land nicht wirtschaftlich vor die Hunde geht? Da haben Sie natürlich recht. Das Sparen hat ganz klar Vorrang. Aber dann muss es auch durchgezogen werden, klar? Ab sofort ist zum Beispiel ein umgekehrtes Ständemehr in Sachen Finanzausgleich einzuführen. Weil jeder dort sparen muss, wo es am meisten bringt, sind die Zahlungen an reaktionäre Kleinkantone ab sofort einzustellen. Schliesslich füttern wir Städter schon deren Drogenabhängigen durch, zumindest schlagen sich unsere teurer bezahlten Polizisten mit ihnen herum. Weiter spenden wir prinzipiell nichts mehr für Unwetter im Inland, weil es die Hungernenden in der Dritten Welt ganz klar nötiger haben als die Walliser, die trotz grosser Not offenbar genügend Kohle zusammenbringen, um absolut unnötige Olympische Spiele zu veranstalten. Und das Land zu versauen. Ebenfalls gestrichen wird die Pension für Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Die sollen sich selbst um Verwaltungsratsmandate kümmern, die auch im Alter etwas abwerfen. Wegfallen werden auch alle Kredite für die bevorstehenden Aktionen zum Jubiläum des Bundesstaates. Denn solche Feierlichkeiten, das zeigt die Geschichte, wirken sich später ohnehin negativ auf das Verhältnis zwischen Regierung und Volk.

Das alles wird natürlich nicht geschehen. Denn die Schweiz, da haben die Kulturschaffenden ganz klar danebengegriffen, dieser Staat existiert.

IWAN RASCHLE

